

LAND TAGS KURIER



AUSGABE

5 | 26

Seite 6

Sachsen soll Autoland bleiben: Diskussion zum VW-Standort in Zwickau

Seite 10

Fragen zu Sachsens Zukunft: Ministerpräsident steht Rede und Antwort

Seite 16

Sachsen als Heimat: Feierstunde 100 Jahre Jüdische Gemeinden



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 5 | 26

PLENUM

32. Sitzung
Das Königsrecht des Parlaments
Landtag diskutiert über den Haushaltsentwurf 2027 / 28 der Sächsischen Staatsregierung **4**

33. Sitzung
Sachsen soll Autoland bleiben
Fraktionen debattieren im Landtag über den VW-Standort in Zwickau **6**

Was tun gegen hohe Spritpreise?
Abgeordnete erörtern die Preisrekorde an den Tankstellen **8**

34. Sitzung
Die Elbe als Lebensader
BÜNDNISGRÜNE fordern Elbe zu schützen statt auszubauen **9**

»Mit Zuversicht und Verstand«
Ministerpräsident steht dem Parlament Rede und Antwort **10**

PARLAMENT

Prävention, Krisenintervention und Nachsorge
Anhörung zum Gewalthilfegesetz im Sozialausschuss **12**

Aktuelle Gesetzgebung **13**

AKTUELLES

Malstunde mit Hund
Der Schöpfer unserer Kindermaskottchen zu Besuch im Landtag **14**

Sachsen als Heimat ansehen
Feierstunde zu 100 Jahren Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden **16**

Bauen für eine demokratische Zukunft
Start der Sanierung und Erweiterung des Sächsischen Landtags **18**

TITELBILD:

Die Zeitzeugin Renate Aris spricht über ihre Kindheit in Dresden zur Feierstunde 100 Jahre Landesverband der Jüdischen Gemeinden.
Foto: S. Floss

10



15



20



14



18

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteurin: Dr. Maria Hofmann, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Lilly van den Brandt, Jonas Böhm, Rüdiger Soster (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
Druckerei Thieme Meißen GmbH,
Zaschendorfer Straße 91, 01662 Meißen
Redaktionsschluss: 30.09.2026
Gastautoren: Steffi Unger,
Dr. Daniel Thieme (Sächsischer Landtag)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

EIN TAG MIT

»Wirtschaft braucht Freiheit.«

Ein Tag mit Sören Voigt, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz 20

GESCHICHTE

Als die Grenze die Heimat nahm

Teil1: Zwangsaussiedlungen im sächsischen Vogtland 1952 22



22

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Foto: T. Schlorke

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Haushalt, Bau und Erinnerungskultur mögen auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun haben. Doch sie verbindet eine Frage: Wie wollen wir in Sachsen zusammenleben und Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen? Der Landtag ist der zentrale Ort, an dem darüber öffentlich gestritten und gerungen wird.

Ende August hat die Sächsische Staatsregierung im Landtag den Entwurf für den Doppelhaushalt 2027/2028 vorgestellt. Er umfasst insgesamt rund 53,5 Milliarden Euro. Nun prüfen und diskutieren die Abgeordneten in den Fachausschüssen und bringen Änderungsanträge ein. Ziel ist es, den Haushalt im Dezember zu verabschieden. Dabei kommt es darauf an, die begrenzten Mittel so einzusetzen, dass Sachsen heute handlungsfähig bleibt und für morgen vorsorgt.

Auch das Parlament selbst verändert sich. Am 9. September wurde mit dem ersten Spatenstich der Startschuss für die Erweiterung und Sanierung des Sächsischen Landtags gegeben. Nach mehr als drei Jahrzehnten intensiver Nutzung sind technische Erneuerungen, mehr Barrierefreiheit und zeitgemäße Arbeitsbedingungen notwendig. Neue Räume sollen öffentliche Anhörungen, Besucherangebote und den parlamentarischen Betrieb besser ermöglichen. Der Bauprozess soll bis 2037 abgeschlossen sein. Ein modernes Parlamentsgebäude ist ein Ort, an dem Demokratie sichtbar und zugänglich sein soll.

Und Demokratie lebt nicht nur von Institutionen, sondern von Menschen und ihrer Geschichte. Am 16. September konnten wir auf 100 Jahre Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden zurückblicken. Dazu fand ein Festakt im Plenarsaal statt. Das Jubiläum erinnert an die lange Geschichte jüdischen Lebens in Sachsen, an Verfolgung und Vernichtung während der NS-Zeit sowie an den Neubeginn nach 1945. Heute gehören rund 2300 Menschen den jüdischen Gemeinden in Sachsen an. Das Jubiläum machte jüdisches Leben sichtbar und erinnert daran, wie wichtig es bleibt, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten.

Im neuen Landtagskurier finden Sie unter anderem einen Bericht über die Plenardebatte zur Zukunft der sächsischen Automobilindustrie, die jährliche Befragung des Ministerpräsidenten und ein aktuelles Forschungsprojekt der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

»Demokratie lebt nicht nur von Institutionen, sondern von Menschen und ihrer Geschichte.«

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags



Das Königsrecht des Parlaments

Landtag diskutiert über den Haushaltsentwurf 2027/28 der Sächsischen Staatsregierung

Am 26. August 2026 stellte der Staatsminister für Finanzen den Entwurf für den nächsten Doppelhaushalt 2027/28 den Abgeordneten im Plenum vor. Er umfasst Ausgaben von 53,5 Milliarden Euro und soll im Dezember vom Landtag verabschiedet werden. Da der Minderheitsregierung aus CDU und SPD zehn Stimmen zu einer Mehrheit im Parlament fehlen, ist sie beim Haushalt auf Oppositionsfractionen angewiesen.

Staatsregierung: Klares Bekenntnis zu den Kommunen

Zu Beginn verwies Finanzminister Christian Piwarz (CDU) auf die angespannte wirtschaftliche Lage. Um Gestaltungsspielraum im Haushalt zu schaffen, habe man mehrere Bausteine miteinander verbunden. Dazu würden der bereits begonnene Stellenabbau, die Verwendung von Haushaltsüberschüssen, das Nutzen globaler Minderausgaben und eine zeitlich begrenzte Kreditaufnahme von 1,456 Milliarden Euro gehören. Etwa die Hälfte der Kredite sei für die Kommunen vorgesehen. Hier sollten die Zuweisungen von 8,1 auf fast 9 Milliarden Euro wachsen. Weiterhin sei geplant, die Investitionsquote auf 13,5 bzw. 13,4 Prozent zu steigern. Auch auf Bildung und Forschung liege ein Schwerpunkt. Die Mittel würden auf 8,6 und 8,7 Milliarden Euro aufgestockt. Das Etatrecht sei das Königsrecht des Parlaments, so Piwarz. Nun hätten die Mitglieder des

Sächsischen Landtags die Aufgabe, diesen Entwurf in den Ausschüssen zu prüfen und zu besprechen.

AfD: Aus dem Ruder gelaufen

Noch nie habe eine Sächsische Staatsregierung geplant, so viel Geld auszugeben, kritisierte der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban. Die Regierung habe die Kosten aus dem Ruder laufen lassen und die Verantwortung auf künftige Generationen abgewälzt. Mit der Schuldenaufnahme entwerte Michael Kretschmer die finanzpolitische Leistung seiner Vorgänger Stanislaw Tillich und Georg Milbradt. Die Investitionsquote sei zu niedrig, so Urban weiter. Nur die AfD werde in diesen Haushaltsverhandlungen aufzeigen, wie man auch ohne

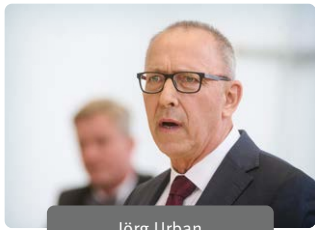
Schulden investieren könne. Urban kritisierte vier Eckpunkte des Haushaltsentwurfs: zu hohe Personalkosten, zu viel Geld für NGOs, das Weiterbestehen von Agenturen wie der SAENA

(Sächsische Energieagentur) und hohe Asylausgaben. Die AfD werde in den Haushaltsverhandlungen alles daransetzen, diesen Weg nicht einzuschlagen.

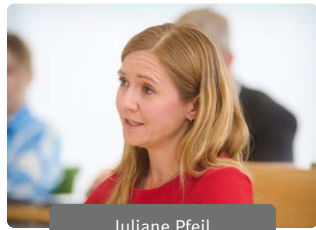
»Wir müssen heute Stabilität schaffen, damit unser Freistaat morgen stärker wachsen und gestalten kann.«



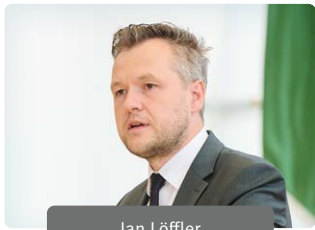
Christian Piwarz



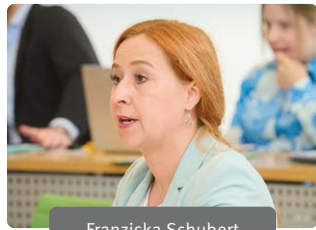
Jörg Urban



Juliane Pfeil



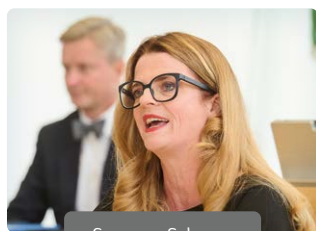
Jan Löffler



Franziska Schubert



Ronny Kupke



Susanne Schaper

Fotos: S. Floss

CDU: Verschuldung keine Dauerlösung

Im Haushalt sei erstmals eine strukturelle Kreditaufnahme vorgesehen, die eine Änderung des Grundgesetzes im Bund ermöglichte, erklärte Jan Löffler (CDU). Die Verschuldung sei aber keine Dauerlösung. Wenn Kredite aufgenommen werden, dann gehöre die Frage der Tilgung von Anfang an dazu. Wie der Finanzminister ging der Abgeordnete auf die Eckpunkte des Haushaltsentwurfs ein. Er erwähnte unter anderem, dass die Ausgaben für Polizei, Landeskriminalamt sowie Brand- und Katastrophenschutz von 1,2 auf 1,3 Milliarden Euro pro Jahr steigen. Die Verantwortung liege bei allen Fraktionen, dass der Freistaat bis zum Ende dieses Jahres einen Haushalt bekomme. Die CDU sei zu Gesprächen und Kompromissen bereit. Sie stelle aber nicht die Grundverständigung dieses Entwurfs zur Disposition: solide Finanzen, starke Kommunen, Vorrang für Investitionen und für Bildung.

BSW: Keinen weiteren orientierungslosen Übergangshaushalt

Ronny Kupke (BSW) wies darauf hin, dass Schulden eine Brücke in die Zukunft bauen könnten. Die Brücke der Landesregierung führe aber in die Ungewissheit. Des Weiteren bemängelte er die Strukturreform und die Staatsmodernisierung. Ein Personalabbau könne sinnvoll sein, aber die Axt im Personalbüro sei noch lange keine Verwaltungsreform. Kupke gab zu bedenken, je größer der finanzielle Handlungsspielraum der Exekutive werde, desto zwingender sei auch die Kontrolle durch dieses Parlament. Aber die Regierung wolle die Vorlage zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben künftig nur noch einmal jährlich prüfen lassen. Das lehne seine Fraktion ab. Das BSW sei durchaus bereit, Kredite aufzunehmen, wenn damit eine gerechte Zukunft geschaffen werde. Man werde diesen Haushalt in den Ausschüssen daher sehr genau behandeln und Änderungsvorschläge vorlegen.

SPD: Schulterschluss der demokratischen Fraktionen

Juliane Pfeil (SPD) führte mehrere Punkte zum Doppelhaushalt aus. Beispielsweise würden mit dem Sachsenfonds zusätzliche Mittel für Investitionen eingesetzt. Allein in den Jahren 2027 und 2028 könne man damit rund 1,33 Milliarden Euro bereitstellen. Das Geld fließe u. a. in Schulen und Straßen. Auch die Investitionen in die Kommunen und die Wirtschaft erwähnte sie. So habe man den Meisterbonus auf 3.000 Euro erhöht, um Fachkräfte und Unternehmensnachfolgen zu sichern. Die SPD stehe auch weiter für eine verlässliche Gesundheitsversorgung. Die Krankenhausförderung bleibe auf hohem Niveau. Die Abgeordnete betonte, dass der Regierungsentwurf die Grundlage für die parlamentarischen Beratungen bilde, aber nicht das letzte Wort habe. Ihre Fraktion habe den Anspruch, den Haushalt weiter zu verbessern. Das Ziel sei ein erneuter Schulterschluss der demokratischen Fraktionen für diesen Haushalt.

BÜNDNISGRÜNE: Mittel für die Klimaanpassung notwendig

Franziska Schubert (BÜNDNISGRÜNE) erklärte zum Haushaltsentwurf, dass ihre Fraktion eine andere Vorstellung davon habe, was vordringlich sei. Sie seien grundsätzlich bereit, über Mehrheiten zu sprechen, wenn die Bereitschaft aufseiten der Minderheitskoalition bestehe, die sächsische Haushaltspolitik für die nächsten zwei Jahre klüger und vorausschauender zu gestalten. Sie nannte hierfür drei Kernpunkte: Erstens seien Investitionen in echte Vorsorge statt Reparaturbetrieb wichtig. Beispielsweise seien aufgrund der anhaltenden Hitze diesen Sommer Investitionen in die Klimaanpassung, in die

Klimafolgenbewältigung und für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen notwendig. Zweitens wären Investitionen in den Zusammenhalt des Landes ein zentraler Baustein statt Rückzug des Staates. An dritter Stelle nannte sie nachhaltige Zukunftsinvestitionen statt willkürlicher Abbaupfade.

Die Linke: Soziale Fragen berücksichtigen

Der Haushaltsentwurf sei nur deshalb kein totaler Kahlschlag, weil Sachsen sich Geld für Investitionen und die Kommunen leihe, so Susanne Schaper (Die Linke). Solche Kredite hätte ihre Fraktion jahrzehntelang gefordert, die CDU habe sie aber abgelehnt. Der Freistaat könne 1,5 Milliarden Euro aufnehmen, um Land und Kommunen Spielraum zu geben, etwa zugunsten von Kitas, Schulen und Krankenhäusern. Sachsen brauche aber mutigere Investitionen in den Zusammenhalt, den ökologischen Umbau, in Gesundheit, Pflege und Bildung. Auch eine aktive Industriepolitik sei notwendig, wie die Lage bei VW zeige. Ihre Fraktion lehne den Entwurf in seiner aktuellen Ausführung ab. Es sei nicht alles übel, doch der Entwurf beantworte keine der großen sozialen Fragen. Viele Budgets bedürften einer Korrektur. Mit Änderungsanträgen wolle ihre Fraktion zeigen, wie sie es besser machen möchte.

Der fraktionslose Abgeordnete Matthias Berger kritisierte den Haushaltsentwurf der Staatsregierung. Er sei in der derzeitigen Fassung nicht zustimmungswürdig. Statt echter Reformen gebe es neue Schulden, was eine Kapitulation vor den eigenen politischen Grundsätzen darstelle. Die Schuldenspirale drehe sich so weiter.

// Dr. Maria Hofmann



Sachsen soll Autoland bleiben

Fraktionen debattieren im Landtag über den VW-Standort in Zwickau

Die erste Aktuelle Debatte der Plenarsitzung am 16. September 2026 trug den Titel »Sachsen die Wiege der deutschen Automobilindustrie – Standort sichern und gemeinsam die Zukunft gestalten«. Die Abgeordneten lieferten sich dazu einen teils hitzigen Schlagabtausch. Die CDU hatte das Thema beantragt.

CDU: Neue Wege gehen

Sachsen sei die Wiege der deutschen Automobilindustrie. Diese Geschichte verpflichte, die Zukunft zu gestalten, so Kay Ritter (CDU). Zwickau habe schon einmal bewiesen, dass Transformation möglich sei. Aus einem klassischen Fahrzeugwerk sei ein reiner Standort für die Produktion vollelektrischer Fahrzeuge geworden. Die Stärke des Standorts ende nicht am Werkstor. Die Herstellung von Fahrzeugen in Zwickau sei immer auch das Ergebnis regionaler Zusammenarbeit und

man müsse über die gesamte Wertschöpfungskette sprechen, etwa über Zulieferer, über Familienunternehmen und Mittelständler. Er glaube an den Wandel in Zwickau. Deshalb sei der Masterplan Südwestsachsen wichtig. Südwestsachsen habe das Potenzial, eine Modellregion für die industrielle Zukunft Europas zu werden.

AfD: Verfehlte Wirtschaftspolitik

Andreas Gerold (AfD) bezeichnete den Debattentitel als verfehlt.

Er müsse »Vom Niedergang der Automobilindustrie in Sachsen, Bilanz einer verfehlten Wirtschaftspolitik« lauten. Jetzt habe man Gewissheit in Zwickau, dass es 2031 nicht mehr weitergehe. Die Menschen vor Ort würden schon nach Alternativen schauen und wegziehen. Wenn man nicht sofort eine Lösung finde, dann sei auch die Infrastruktur nicht mehr gegeben, um dies zu erhalten. Er kritisierte die Staatsregierung, sich nicht mit einem Vorstoß in Richtung Bund, um die Sicherung der Arbeitsplätze bemüht zu haben. Mit der Taskforce und dem Masterplan Südwestsachsen sei nichts passiert. Zudem sei die Energie zu teuer, es gebe eine überbordende Bürokratie und die Nachfrage nach Elektroautos sei zu gering.

BSW: Verkauf an chinesischen Investor

Die Autoindustrie in Sachsen leide unter den durch die bundesdeutsche Politik selbst verursachten Problemen: nämlich Arbeitskosten, Energiepreise und überbordende Bürokratie, erklärte Ralf Böhme (BSW). Das Grundproblem von VW sei bekannt. Der Absatz sei geringer als die Produktion. Die Ursache dafür liege im Führungsversagen der Konzernleitung. Es habe einen Mix aus vielen Fehlentscheidungen gegeben. Trotz hoher VW-interner Ausgaben für eine Softwareabteilung werde diese nicht bei VW zugeliefert oder produziert, sondern von Rivian und XPENG. Das sei eine Bankrotterklärung. Der Verkauf des Werkes in Zwickau an einen chinesischen Investor könne

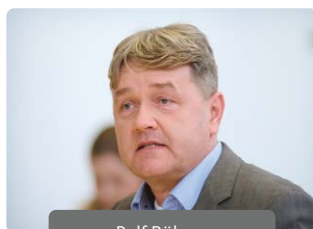
Fotos: S. Floss



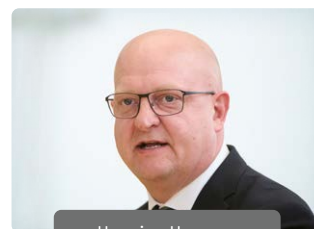
Kay Ritter



Andreas Gerold



Ralf Böhme



Henning Homann

hierfür eine Lösung darstellen. Jedoch fordere das BSW, dass in Sachsen keine Rüstungsindustrie Einzug halte.

SPD: Gemeinsame Kraftanstrengung benötigt

Alle im Hohen Haus seien sich einig, dass Sachsen auch in Zukunft Autoland bleibe. Dafür brauche es eine gemeinsame Kraftanstrengung, betonte Henning Homann (SPD). Europaweit gebe es eine Überproduktion von Pkws. Das treffe nicht nur den VW-Konzern, sondern alle Automarken. Die Marktlage habe sich verändert. China habe technologisch aufgeholt und Deutschland in manchen Bereichen sogar überholt. Homann forderte, danach zu schauen, was Politik beitragen kann, wenn der VW-Konzern den internationalen Wettbewerb annimmt. Man müsse dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Die Energiepreise seien in Deutschland zu hoch. Es sei gut, sich darüber Gedanken zu machen, wie Deutschland eventuell Pkws, die für den chinesischen Markt vorgesehen sind, auch hier produzieren könne.

BÜNDNISGRÜNE: Die Zukunft ist vollelektrisch

Wolfram Günther (BÜNDNISGRÜNE) hob hervor, dass VW einer der größten Industrie-employers im Freistaat sei. Zudem stelle das Werk in Zwickau einen der modernsten Standorte mit besten Kostenstrukturen dar. Es sei eine Folge von vielen Fehlentscheidungen, dass dieses

industrielle Rückgrat auf der Kippe stehe. Der VW-Konzern habe in der Vergangenheit falsch investiert. Weiter betonte der Abgeordnete, dass die Zukunft vollelektrisch sei, weil es als besonders effizient gelte, auch wenn es mittlerweile globale Überkapazitäten gebe. Die Frage sei nur, wer diese Autos künftig weiter baue, Europa oder China. Die Rohstoffe der Welt seien endlich. Sachsen habe Firmen, Patente und Strukturen, damit das, was jetzt in der Kreislaufwirtschaft klein anfange, im Freistaat in industriellem Maßstab stattfinden könne.

Die Linke: Staatsinterventionen nötig

Nach über 120 Jahren Fahrzeugproduktion könnten in Zwickau nun die Bänder stoppen, so Susanne Schaper (Die Linke). Davor habe sie Angst. Die Sorge gelte den Industriearbeitsplätzen bei VW, den Zulieferern und ganz Südwestsachsen. Hinter den Schließungsplänen würden die Eigentümerfamilien und ein versagendes Management stecken. Es spiele keine Rolle, dass das Zwickauer Werk hochproduktiv sei. Der Aufsichtsrat habe dennoch dem Zukunftsplan 2030 zugestimmt, wonach für Zwickau keine wettbewerbsfähige Folgebelegung gewährleistet werden kann. Für die Werke würden alternative Verwendungsmöglichkeiten geprüft. Zwar sichere die Kreislaufwirtschaft etwa 1000 Jobs, allerdings blieben die restlichen rund 7000 Arbeitsplätze gefährdet. Rüstungsproduktion sei darauf keine überzeugende



Antwort. Geboten seien Staatsinterventionen und Industriepolitik, wenn nötig auch kreditfinanziert.

Der fraktionslose Abgeordnete Matthias Berger kritisierte fragend, ob der Bildungsurlaub einen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Attraktivität des sächsischen Standortes gebracht habe.

Staatsregierung: Neue Auto Union gründen

Zunächst reagierte Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) auf die vorgetragene Oppositionskritik, indem er sagte, dass Sachsen durch Klugheit erfolgreich gewesen sei und nicht durch Rumgebrülle. Man

müsse sich die Frage stellen, was aus all dem folge. Die Bundesrepublik Deutschland und auch die Europäische Union müssten etwas für Deregulierung, mehr Freiheit sowie niedrigere Steuern und Abgaben tun. Wie unter einem Brennglas zeige Volkswagen, in welcher Situation sich Deutschland befinde, erklärte der Ministerpräsident. Das Land sei nicht wettbewerbsfähig, zu teuer und zu wenig flexibel. Er finde die Verteufelung des Elektroautos und die Diskussion darüber unangemessen. Jede Technologie habe ihre Chancen. Seine Vorstellung sei es, eine neue Auto Union zu gründen. Er wolle, dass auch in Zukunft in Mosel Autos gebaut werden.

// Dr. Maria Hofmann

Weitere Aktuelle Debatten:

Am 16. September diskutierten in der 33. Sitzung des Sächsischen Landtags auf Antrag der AfD die Abgeordneten zum Thema »Friedensfähig statt kriegstüchtig – Kriegswirtschaft ist keine Lösung«.

Die Abgeordneten tauschten sich in der 34. Sitzung am Folgetag zum Thema »Wer bestellt, muss auch zahlen! Kita-Qualität gibt es nicht zum Nulltarif: Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz nachbessern« aus. Die SPD hatte den Gegenstand beantragt. In der dritten Aktuellen Debatte von den Linken stand das Thema »Pflegekassen vor der Pleite: Großverdiener müssen endlich gerecht beitragen!« im Mittelpunkt.

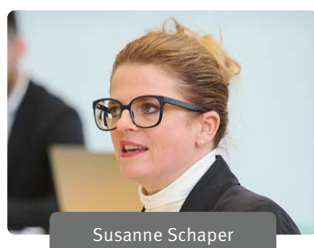




Foto: S. Floss

Was tun gegen hohe Spritpreise?

Abgeordnete erörtern die Preisrekorde an den Tankstellen

Ralf Böhme (BSW) betonte, dass die Preise an den Tankstellen die Ignoranz der Bundesregierung gegenüber den Bedürfnissen der Bevölkerung zeigen würden. Die Kriegsführung der USA sei die Ursache dafür. Doch die Preise in den Nachbarländern seien nicht so stark gestiegen. Also könne man die deutsche Bevölkerung vor den Auswirkungen dieses Krieges besser schützen. Es wären eine Aussetzung der CO₂-Abgabe sowie die Verringerung der Energie- und Mehrwertsteuer notwendig.

Deutschland und der Sächsische Landtag könnten Weltmarktpreise und geopolitische Entwicklungen nicht einfach per Gesetz außer Kraft setzen, gab Ina Klemm (CDU) zu bedenken. Der Ölpreis werde von einem globalen Markt bestimmt und geopolitisch beeinflusst. Deswegen helfe ein staatlich subventionierter Spritpreisdeckel nicht wirklich. Man könne aber für einen fairen Wettbewerb sorgen, sodass die Preisbildung transparent sei und etwaige Entlastungen richtig ankämen.

Kritik an der »Abzocke«

Mike Moncsek (AfD) erklärte, dass die Tankstellenabzocke in Wahrheit eine Steuerstaatsabzocke sei. Er verglich die Tankstellenpreise der letzten zwei Monate von Polen und Deutschland, wobei es

Aus Anlass der jüngsten Preissteigerungen hatte die BSW-Fraktion in der Plenarsitzung am 16. September 2026 die dritte Aktuelle Debatte zu dem Thema »Im Zangengriff von Politik und Kartellen – wie weit soll die Tankstellenabzocke noch gehen?« beantragt.

hier immer teurer gewesen sei. Beide Seiten würden von der gleichen Raffinerie beliefert. Es sei also keine Sache des Kartellamts. Der Staat zocke hier die Menschen über die Energiesteuer, die CO₂-Abgabe und die darauf erhobene Mehrwertsteuer ab.

Zu Beginn kritisierte Juliane Pfeil (SPD) den Sprachgebrauch »Abzocke« und »Kartelle«. Das verunsichere die Menschen. Man sollte über geeignete Antworten debattieren und keine unwahren Vergleiche aufstellen. Die SPD-Fraktion habe hierfür zwei Modelle: Es gehe um das Aussetzen der CO₂-Steuer und um das Senken der Energiesteuer. Auch der Preisdeckel müsse geprüft werden. Ihre Partei hoffe auf eine langfristige Lösung auf europäischer Ebene.

Energiepolitisch unabhängig machen

Die Ursache für die hohen Spritpreise seien die Kriege dieser Welt, so Wolfram Günther (BÜNDNISGRÜNE). Strukturell könnte Deutschland das egal sein, wenn man bei der Elektromobilität weiter wäre. Man müsse den öffentlichen Verkehr weiter ausbauen. Auch eine Übergewinnsteuer gehöre dazu.

Wichtig sei es, sich energiepolitisch unabhängig zu machen. Abschließend zählte Günther die Steueranteile am Treibstoff in den Nachbarländern auf, die höher als in Deutschland sind.

Der Krieg zwischen den USA und dem Iran koste nicht nur Menschenleben, sondern schädige auch die Weltwirtschaft, sagte Susanne Schaper (Die Linke). Die Bundesregierung aus CDU und SPD bleibe hier untätig. An der Zapfsäule müsse sofort für Entlastung gesorgt werden. Nötig sei eine feste Obergrenze für die Preise von Benzin und Diesel. Ebenso fordere ihre Fraktion, das 9-Euro-Ticket wieder einzuführen und die Nutzung erneuerbarer Energien auszubauen.

Er sei es leid, dass die Preise an den Zapfsäulen in neue Höhen steigen, während Mineralölkonzerne Rekordgewinne vermelden würden, so Wirtschaftsminister Dirk Panter (SPD). Man bräuchte dauerhaft wirksame Maßnahmen vom Bund. Es gebe mögliche Maßnahmen zur Senkung der Spritpreise: die CO₂-Abgabe auf Kraftstoffe temporär aussetzen oder die vorübergehende Senkung der Energiesteuer. Auch müsse über eine wirksame Marktaufsicht und flexible Preisdeckel diskutiert werden.

// Dr. Maria Hofmann



Wolfram Günther



Sophie Koch

Fotos: O. Killig

Die Elbe als Lebensader

— BÜNDNISGRÜNE fordern Elbe zu schützen statt auszubauen

Die Überlegung, in die Elbe eine neue Staustufe bei Děčín in Tschechien einzubauen, veranlasste die Fraktion BÜNDNISGRÜNE eine Aktuelle Debatte zu diesem Gegenstand zu beantragen. In der 34. Plenarsitzung am 17. September 2026 sprachen die Abgeordneten zum Thema »Niedrigwasser lässt sich nicht wegbaggern – Elbe schützen statt weiter ausbauen«.

Seit den 1840er-Jahren werde die Elbe begradigt und eingedeicht, erklärte Wolfram Günther (BÜNDNISGRÜNE). Dabei habe sie einen Großteil ihrer 6 200 km² Auenfläche verloren. Die Folgen dieser Eingriffe habe man 2002 beim Hochwasser zu spüren bekommen. Zudem würden 6 000 Buhnen die Elbe schmaler machen und vertiefen. Das führe u. a. dazu, dass die Landschaft entwässert werde. Von einem Ausbau der Elbe müsse man daher absehen.

Daniela Pfeifer (CDU) forderte eine ganzheitliche Wasserpolitik, die Klimaanpassung, Naturschutz und Infrastruktur verbindet. Neben intakten Böden, Wäldern und Gewässern brauche Sachsen leistungsfähige Talsperren, Speicher und Wasserwerke. Die Elbe solle geschützt und zugleich verantwortungsvoll genutzt werden. Zur geplanten Staustufe bei Děčín plädierte sie für eine ergebnisoffene Prüfung statt vorschneller Zustimmung oder Ablehnung.

Befahrbare Elbe benötigt

Die Elbe als Verkehrs- und Wirtschaftsweg stärker auszubauen und dauerhaft schiffbar

zu halten, forderte Timo Schreyer (AfD). Der Abgeordnete kritisierte, dass Sachsen das deutsch-tschechische Ziel von 140 cm Fahrrinntiefe an 345 Tagen jährlich nicht erreiche. Zudem bemängelte er Verzögerungen beim Ausbau des Hafens Riesa und kritisierte die Haltung der GRÜNEN bei der Binnenschifffahrt.

Ulf Lange (BSW) hob hervor, dass Niedrigwasser ein ernstes Problem sei. Statt die Elbe weiter zu vertiefen, so sein Vorschlag, solle Wasser u. a. durch Renaturierung, Wiedervernässung und angepasste Landnutzung in der Fläche gehalten werden. Das koste aber Geld. Er kritisierte, dass hohe Ausgaben für Aufrüstung, finanzielle Mittel für Klimaanpassung und Gewässerschutz binden würden.



Georg-Ludwig von Breitenbuch

Verkehrsweg und Naturraum

Es sei Realität, dass die Elbe aufgrund von Niedrigwasser und häufigeren Dürreperioden fast verschwinde, gab Sophie Koch (SPD) zu bedenken. Deshalb müsse man über den Umgang mit Niedrigwasser sprechen. Die SPD-Fraktion sei dafür, die Elbe wirtschaftlich zu nutzen, aber sie solle nicht zu einem Kanal gemacht werden. Die SPD stehe für eine Elbe, die Verkehrsweg und Naturraum bleibe.

Stefan Hartmann (Die Linke) sagte, dass die Elbe ein Niedrigwasserfluss sei. Der technische Ausbau der Elbe könne die Folgen der Wasserkrise noch verstärken. Das müsse man akzeptieren und den Fluss stärker an die natürlichen Bedingungen anpassen. Erzielen könne man dies beispielsweise durch kleinere Schiffe mit weniger Tiefgang, mehr Güterverkehr auf der Schiene und die Renaturierung von Flussauen. Die Elbe zu schützen bedeute nicht, ihre Nutzung aufzugeben.

Umweltminister Georg-Ludwig von Breitenbuch (CDU) befürwortete eine sachliche Prüfung der geplanten Staustufe bei Děčín. Er sehe mögliche Vorteile für Schiffbarkeit, gleichmäßigere Wasserstände, Ökologie, Wasserversorgung und Güterverkehr. Zugleich betonte er die Bedeutung guter Beziehungen zu Tschechien. Die Auswirkungen sollen anhand einer Umweltverträglichkeitsprüfung offen und nachbarschaftlich bewertet werden.

// Dr. Maria Hofmann



»Mit Zuversicht und Verstand«

Ministerpräsident steht dem Parlament Rede und Antwort



Zu den zentralen Aufgaben des Sächsischen Landtags gehört die Kontrolle der Staatsregierung. Am 17. September 2026 stellte sich Ministerpräsident Michael Kretschmer unter dem Titel »Mit Zuversicht und Verstand: Wie Sachsen seine Zukunft baut« den Fragen der Abgeordneten. Es standen u. a. die Themen wirtschaftliche Entwicklung sowie Fachkräfte und Bildung im Mittelpunkt. Aber auch außen- und sicherheitspolitische Fragen wurden diskutiert.

Der Ministerpräsident betonte einleitend, die Stärke Sachsens liege in den Menschen, die hier leben. Die Zukunft solle gemeinsam im demokratischen Diskurs gestaltet werden. Ehrenamt, Wissenschaft und Wirtschaft leisteten wichtige Beiträge zu Klimaschutz und Digitalisierung. Sachsen habe im Bildungs-

bereich Fortschritte erzielt und setze mit der Strategie »Bildungsland Sachsen 2030« auf anwendungsorientiertes Wissen. Auch die Zusammenarbeit mit den Kommunen sei erfolgreich. Bis 2030 würden zwei Milliarden Euro in Krankenhäuser investiert. Zudem zeigten steigende Übernachtungszahlen, dass

Sachsen touristisch wachse. Er wolle den gemeinsamen Austausch über den weiteren Weg Sachsens fortsetzen.

// Dr. Maria Hofmann

Fotos: O. Killig



Entwicklungspotenziale in der Wirtschaft?

Dr. Frank Kromer (CDU) erläuterte, Bürgerinnen und Bürger würden ihn häufig fragen, ob die Regierung über die Herausforderungen der Unternehmen ausreichend informiert sei. Er stellte die Frage, wo die Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftsaussichten für die sächsische Wirtschaft liegen würden?

Ministerpräsident Kretschmer betonte, die Wirtschaftspolitik sei eines der wichtigsten Themen. Ohne eine starke Wirtschaft sei alles nichts. Besonders der Mittelstand und familiengeführte Unternehmen sorgten für Stabilität. Zugleich brauche man große Unternehmensansiedlungen. Er befürworte Investitionen in die Verteidigungswirtschaft und wolle die Technologieförderung fortsetzen. Trotz der Haushaltsnotlage dürfe es keine Einschnitte bei Bildung und Lehrern geben. Die neue Wirtschaftsstrategie zeige einen gemeinsamen Weg für die künftige wirtschaftliche Entwicklung



Vorsorge bei ausbleibenden Bundesmitteln?

Marko Winter (AfD) ging auf Investitionsversprechungen der Regierung ein, die auf dem Bundeshaushalt beruhten, der aber noch nicht beschlossen sei. Welche Vorsorge treffe die Staatsregierung, falls diese Mittel durch den Bund gekürzt oder verzögert würden?

Investitionsförderung sei eine nationale und europäische Aufgabe. Länder könnten große Projekte wie die Ansiedelung von ESMC in Dresden mit einem Investitionsvolumen von 10 Milliarden Euro nicht allein finanzieren. Mikroelektronik sei für Resilienz und Verteidigungsfähigkeit wichtig. Deshalb müsse Sachsen in Berlin dafür werben und Forschung sowie Entwicklung weiter fördern. Bund und Land sollten den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort gemeinsam stärken. Der Ministerpräsident sagte, er habe keine Sorge, dass dies auch in der Zukunft möglich sein werde.

Foto: S. Floss (Archiv)



Bündnis Sahra Wagenknecht

BSW-Landtagsfraktion
Sachsen

Kriegsbeteiligung Deutschlands?

*Der Ministerpräsident habe die Kriegsbeteiligung Deutschlands in der Ukraine als Fehler bezeichnet, so **Ralf Böhme (BSW)**. Welche Pläne gebe es, diesen Fehler durch Einwirkung auf die Bundesebene zu korrigieren?*

Russland sei der Aggressor und dürfe mit seinem völkerrechtswidrigen Angriff nicht erfolgreich sein, betonte Ministerpräsident Michael Kretschmer. Deutschland müsse die Ukraine solidarisch unterstützen, dürfe jedoch nicht zur Kriegspartei werden. Allerdings sei Deutschland in gewisser Weise dazu geworden. Das halte er für einen Fehler. Zugleich halte er Investitionen in die eigene Verteidigungsfähigkeit für notwendig, um auf den Krieg zu reagieren und die deutsche Sicherheit zu stärken.

SPD

FRAKTION IM
SÄCHSISCHEN
LANDTAG



Foto: S. Floss (Archiv)

Dauerhafte Arbeitsplätze?

*Sachsen solle ein starkes Industrieland bleiben, bekräftigte **Laura Stellbrink (SPD)**. Welche Rahmenbedingungen brauche es, damit nicht nur neue Technologien erforscht und entwickelt werden, sondern auch industrielle Produktion, Wertschöpfung und dauerhaft gute Arbeitsplätze entstehen?*

Die entwickelte und erforschte Technologie müsse einen erfolgreichen Transfer in die Wirtschaft erfahren, so Kretschmer. Deshalb müsse die Technologie- und Transferförderung fortgeführt werden. Hier liege ein großer Schwerpunkt im mittelfristigen Finanzrahmen. Besonders wichtig seien Fachkräfte und Bildung. Ausbildungszahlen müssten angepasst und zugleich Fachkräfte von außen gewonnen werden. Entscheidend sei, wie deren Integration organisiert werde.

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen
Landtag



Foto: S. Floss (Archiv)

Gründung einer Auto Union?

***Susanne Schaper (Die Linke)** fragte in Bezug auf die Debatte vom Vortag zum bedrohten VW-Standort in Zwickau, ob die Gründung einer Auto Union eine feste Grundlage habe oder lediglich eine fixe Idee gewesen sei.*

Man müsse einen eigenen sächsischen Weg gehen, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden und konkurrenzfähige Preise zu erreichen. Ziel seien tarifgebundene Arbeitsplätze in der Automobilindustrie. Gemeinsam mit Beschäftigten und der Staatsregierung wolle man konkrete Vorschläge erarbeiten und öffentlich vorlegen. Man dürfe nicht warten, bis aus Wolfsburg irgendeine Idee dazu komme, wie es weitergehe, sondern müsse das Unternehmen zum Handeln und zur Erklärung seiner Entscheidungen bewegen. Nur so gebe es eine Chance, etwas durchzusetzen.



BÜNDNIS GRÜNE

LANDTAG
SACHSEN

Sicherheit im Angebot des Krieges?

***Wolfram Günther (BÜNDNISGRÜNE)** ging auf den Drohnen-vorfall am Leipziger Flughafen ein. Vor diesem Hintergrund und Kretschmers Aussagen zum Ukrainekrieg, stellte der Abgeordnete die Frage, ob der Ministerpräsident den Aussagen der Dienste nicht glaube, wer dafür verantwortlich sei und wer Deutschland bereits angreife.*

Michael Kretschmer hob hervor, dass es nicht gut sei, sich in einem Krieg mit Russland zu befinden. Er glaube, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung dies ebenso sehe. Zugleich erlebe man hybride Kriegsführung durch Drohnen, Cyberangriffe und Fake News. Deutschland müsse deshalb verteidigungsfähig werden und dafür wirtschaftliche Stärke besitzen. Die Finanzierung durch Schulden sei jedoch nur zeitlich begrenzt sinnvoll. Auch weitere Sanktionen sowie eine stärkere Drohnen-, Cyber- und Flugabwehr seien für die Sicherheit notwendig.

Prävention, Krisenintervention und Nachsorge

Anhörung zum Gewalthilfegesetz im Sozialausschuss

Mit dem Sächsischen Gewalthilfegesetz legte die Staatsregierung einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Gewalthilfe vor. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt führte dazu am 21. September 2026 eine öffentliche Anhörung im Rahmen einer Sondersitzung durch. Die Sachkundigen bewerteten den Gesetzentwurf als einen wichtigen Meilenstein zum bedarfsgerechten Ausbau der Hilfsangebote, verwiesen jedoch zugleich auf die hohe Belastung der Mitarbeiter und offene finanzielle Fragen.

Konstanze Morgenroth, kommunale Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Leipzig, betonte, damit das Gesetz seine gewünschte Wirkung entfalten könnte, müssten die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden, etwa eine ausreichende und dynamische Finanzierung. Dem stimmte Peer Kruse-Schuster vom Sächsischen Städte- und Gemeindetag zu. Es brauche eine recht-

liche Absicherung, dass der Freistaat Sachsen die Finanzierung der erwarteten Mehrbelastung für die Anbieter von Hilfsleistungen übernehme. Uwe Lehmann vom Sächsischen Landkreistag ergänzte, eine Vorfinanzierung durch die kommunalen Spitzenverbände sei nicht möglich. Teresa Spalerski von der Interventions- und Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking,

Wildwasser ZWICKAUer Land, unterstrich, die vorhandenen Stellen würden nicht ausreichen. Ein Festhalten an den bisherigen Kapazitäten käme bei weiteren Aufgaben einer Stellenkürzung gleich.

Hoher Bedarf nach Hilfsangeboten

Madeleine Burkowsky vom Frauen- und Kinderschutzhaus in Leipzig begrüßte, dass Kinder und Jugendliche im Gesetzentwurf eigenständig berücksichtigt würden. Diese bräuchten eigene Hilfsangebote und mehr Zeit als Erwachsene. Dass Gewalt kein Randphänomen, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung sei, betonte Lisa Rechenberg, Refe-

rentin der Fachstelle Häusliche Gewalt der LAG Gewaltfreies Zuhause Sachsen. Entsprechend würde die Aufgabenlast der Hilfeleistenden immer weiterwachsen, während die Ressourcen knapp seien. Auf die hohe Dunkelziffer bei Fällen verwies Franziska Wolff von der LAG Sexualisierte Gewalt – Prävention und Intervention in Sachsen. Dementsprechend könne der Bedarf für Hilfsangebote nicht anhand der bisherigen Nachfrage erkannt werden. Auf die verschiedenen Zugangshürden zu Angeboten wies Svenja Fiedler, Trauma-Fachberaterin und Psychologin, hin. Dazu würden nicht nur Sprachbarrieren gehören, sondern oft auch persönliche Gefühle wie Schuld und Scham, weshalb besonders qualifiziertes Personal benötigt werde. Simone Schwarz von SAIDA International forderte die Erwähnung der Genitalverstümmelung als Gewaltform im Gesetzestext. In Sachsen gebe es 650 Mädchen, die davon bedroht seien.

// Jonas Böhm



Foto: Synthex – stock.adobe.com

ZUM ANSCHAUEN



Video zur Anhörung



Link zum Gesetzentwurf

AKTUELLE GESETZGEBUNG

Stand: 17.09.2026

TITEL EINBRINGER AUSSCHUSS	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Absenkung des Wahlalters im Freistaat Sachsen auf das vollendete 16. Lebensjahr (Sächsisches Wahlalter-16-Gesetz) 8/4218 Die Linke Föderführend: Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa	Das Mindestalter zur Wahlteilnahme für die Landtagswahl und die Kommunalwahl sollte auf das vollendete 16. Lebensjahr festgesetzt werden, um junge Menschen stärker in die Politik einzubeziehen.	✗
Erstes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes 8/6541 CDU und SPD Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung	Durch die Änderungen soll die Aufstellung von Raumordnungsplänen beschleunigt werden, indem nun die Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Bekanntmachung grundsätzlich in digitaler Form über das Beteiligungsportal erfolgt.	✓
Gesetz zur Änderung jagdrechtlicher und naturschutzrechtlicher Vorschriften 8/7252 CDU, BSW und SPD Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft	Das Gesetz dient der Umsetzung der Vorgaben des Bundesjagdgesetzes in Landesrecht zum Umgang mit dem Wolf. Geregelt werden etwa behördliche Zuständigkeiten und der Schadensausgleich.	✓
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 – HG 2027/2028) 8/7500 Staatsregierung Föderführend: Haushalts- und Finanzausschuss	Der Gesetzentwurf stellt den Plan für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 auf. Das Finanzvolumen erhöht sich leicht gegenüber den Vorjahren.	○
Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2027/2028 (Haushaltsbegleitgesetz 2027/2028 – HBG 2027/2028) 8/7501 Staatsregierung Föderführend: Haushalts- und Finanzausschuss	Mit dem Entwurf zum Begleitgesetz werden die rechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des Doppelhaushalts 2027/2028 geschaffen.	○
Sechstes Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen 8/7502 Staatsregierung Föderführend: Haushalts- und Finanzausschuss	Der Gesetzentwurf regelt die Finanzierung der sächsischen Kommunen durch den Freistaat für die beiden Haushaltsjahre 2027 und 2028.	○
Viertes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Normenkontrollratsgesetzes 8/7640 Staatsregierung Föderführend: Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa	Das Außerkrafttreten des Sächsischen Normenkontrollratsgesetzes soll auf den 30. Juni 2028 verschoben werden, um sich ausführlich mit dem Evaluationsbericht auseinanderzusetzen zu können. Dieser prüft, ob sich die Einsetzung des Sächsischen Normenkontrollrates bewährt hat.	○
Gesetz zur Stärkung der Transparenz der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (Sächsisches SLM-Transparenz-Stärkungs-Gesetz – SächsSLMTranspStärkG) 8/7826 Die Linke Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus	Für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten gelten Öffentlichkeits- und Transparenzstandards. Mit den Anpassungen im Sächsischen Privatrundfunkgesetz sollen diese Standards auch auf die Sächsische Landesmedienanstalt als beitrags- und haushaltsfinanzierte Anstalt des öffentlichen Rechts übertragen werden.	○
Sächsisches Gewalthilfegesetz (SächsGewHG) 8/8308 Staatsregierung Föderführend: Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	Der Gesetzentwurf dient überwiegend der Umsetzung des gleichlautenden Bundesgesetzes. Geregelt werden insbesondere Zuständigkeiten und Finanzierung, um den Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sicherzustellen.	○
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Anpassung stiftungsrechtlicher Vorschriften 8/8319 Staatsregierung Ausschuss für Inneres, Kommunales und Sport	Die Inbetriebnahme des Stiftungsregisters auf Bundesebene wurde um zwei Jahre verschoben. Auf dem Wege der Gesetzesanpassung soll das sächsische Stiftungsverzeichnis bis dahin weiterbetrieben werden.	○
Gesetz zur Umsetzung des Pflegefachassistentengesetzes und zur Änderung der Regelungen zum Vollzug von Gesetzen im Gesundheitsbereich im Freistaat Sachsen 8/8330 Staatsregierung Föderführend: Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	Mit dem Mantelgesetz sollen die Voraussetzungen für die neue bundeseinheitliche Ausbildung in der Pflegefachassistenten geschaffen werden. Gleichzeitig sollen die Regelungen zur Ausführung des Berufrechts der approbierten Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe insgesamt neu strukturiert werden.	○



angenommen



abgelehnt



zur Beratung und Anhörung
in den Fachausschüssen



Nähere Informationen unter
<https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>

// Rüdiger Soster



Erklärvideo: Wie entsteht ein Gesetz?
<https://www.youtube.com/watch?v=WJlZzUvnio>



Foto: Moritz Heidenblut (Landtag)

Der Illustrator Sascha Wüstefeld zeichnet bei seinem Besuch eine schnelle Skizze.

Malstunde mit Hund

Der Schöpfer unserer Kindermaskottchen zu Besuch im Landtag

Sascha Wüstefeld war Hauptzeichner der beliebten Abrafaxe, trocknete Tränen mit den Sorgenfressern, steckte den beliebten Igel Mecki in ein neues Comicgewand, entwarf einen DDR-Superhelden – und zeichnet schon längst auch für den Sächsischen Landtag. Im August war der kreative Kopf hinter den Kindermaskottchen, Lena, Paul und Hund Knolle in der Redaktion zu Besuch.

Der gebürtige Dresdner Comiczeichner und Illustrator, Sascha Wüstefeld, lebt heute in Berlin, freut sich aber immer, wenn er Anlässe findet, in seine alte Heimat zurückzukehren. Zum Beispiel, um neue Bilder für die Kinderpublikationen des Landtags zu planen. Schon seit 2009 sind die von ihm erschaffenen Geschwister Lena und Paul mit ihrem Hund Knolle im und um den Sächsischen Landtag unterwegs, um Kindern Politik zu erklären.

Es begann mit der Idee eines Quizfächers, der seither erscheint und für Grundschulklassen, die den Landtag besuchen, zum Lieblingssouvenir geworden ist. Mittlerweile haben es die drei Figuren aber auch in Wimmelbildern, einem Comic, das neue Hausaufgabenheft für Grund-

schulern, auf Klebetattoos und Ausmalseiten geschafft. Bald werden sie die grafische Hauptrolle im geplanten Landtagskoffer für Grundschulen spielen.

Im Gespräch offenbart sich Sascha Wüstefeld als Zeichner, der ohne Skizzenbuch unterwegs ist. »Meine Ideen bleiben im Kopf. Manchmal mach' ich mir auch eine Notiz oder nehme eine kurze Sprachmemo auf«, erklärt er, während er parallel unsere Bitte nach einer schnellen Skizze erfüllt – sein Bleistift

huscht übers Papier und die Umrisse von Hund Knolle entstehen. Gezeichnet werde dann in aller Ruhe im Büro. Das liegt in Laufnähe zum Wohnhaus. Arbeit gebe es eigentlich jeden Tag, auch am Wochenende. Einen Urlaub müsse er sich »quasi herauszeichnen«. Trotzdem mache ihm sein Job immer noch sehr viel Spaß. Energie ziehe er daraus, dass er sich die Zeit frei einteilen und kreativ an Projekten arbeiten kann.

Eine schöne Kreativarbeit war vor 17 Jahren der Auftrag für das Kinder-Duo des Landtags. Am längsten »gefummelt« habe er an den Frisuren, damit diese auch als Schatten erkennbar blieben. Hund Knolle war nicht verlangt, aber »ergab sich irgendwie von selbst« und ist inzwischen nicht mehr weg-

zudenken. Die Namen des Trios habe er so nebenbei aus dem Ärmel geschüttelt und gar nicht damit gerechnet, dass die »kleben bleiben« würden. Eine neue Ergänzung zur Figurengruppe ist übrigens eine bislang namenlose, resolute Petitions-Oma, die ihre Anliegen durchsetzen möchte. Ob er sie vielleicht gleich taufen will? Wüstefeld lacht: »Naja, für mich sieht sie aus wie eine Helga oder vielleicht Inge?«

Beim Zeichnen gehe er immer gleich vor: Vorzeichnung, Tusche und dann Farbe. Alle drei Schritte führe er aber schon seit geraumer Zeit direkt am PC aus. »Das ist einfacher.«

Derweil setzt er die letzten Bleistiftstriche an unserer Knolle-Zeichnung, die demnach als Papierskizze etwas ganz Besonderes ist und auch nicht koloriert wird. Trotzdem bekommt sie natürlich einen Ehrenplatz an der Landtagswand.

// Anne-Marie Brade



JÜDISCHES LEBEN – GESTERN, HEUTE, MORGEN

Der Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden feierte am 16. September 2026 sein 100-jähriges Bestehen im Landtag. Die jüdische Geschichte Sachsens im 20. und 21. Jahrhundert ist geprägt von einem reichen kulturellen Leben, von Verfolgung und Neubeginn. Die NS-Zeit führte zur Entrechtung, Vertreibung und Ermordung vieler Jüdinnen und Juden. Nach 1945 entstanden neue Gemeinden. Heute erinnern Gedenkstätten und lebendige Gemeinden an diese Geschichte.

Der Musiker Menashe Lukin spielt während des Festaktes ein Stück auf seiner Blockflöte.

Renate Aris, Zeitzeugin



Sachsen als Heimat ansehen



Feierstunde zu 100 Jahren Landesverband Sachsen
der Jüdischen Gemeinden

Im Plenarsaal des Sächsischen Landtags fand am 16. September 2026 die Feierstunde anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden statt. Der Verband vertritt die Interessen der jüdischen Gemeinschaft im Freistaat. Im Mittelpunkt standen die beeindruckenden Reden dreier Jüdinnen aus unterschiedlichen Generationen.

sie sich als letzte noch lebende jüdische Zeitzeugin in Sachsen besonders für die Wissensvermittlung ein.

Musikalisch eröffnete die Chemnitzer Yankele Kapelle die Feierstunde. Anschließend hielt Landtagspräsident Alexander Dierks eine Begrüßungsansprache. Der Landesverband sei 1926 in einer Blütezeit jüdischen Lebens gegründet worden, die bis heute in Sachsen ihre Spuren hinterlassen habe. Nur wenige Jahre später sei mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten der Antisemitismus zum wesentlichen Bestandteil der deutschen Staatsräson geworden, so Dierks. Nur eine kleine Gruppe von Menschen überlebte die Schrecken des Holocausts. Trotzdem habe 1945 ein Aufbruch begonnen. Jüdische Gemeinden gründeten sich neu. »Es mutet wie ein Wunder an, dass wir nach den Schrecken des Nationalsozialismus heute wieder jüdische Gemeinden und

ein lebendiges jüdisches Kulturleben im Freistaat Sachsen haben«, erklärte Dierks.

Optimistisch in die Zukunft schauen

Danach ergriff Ekaterina Kulakova, die Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden, das Wort. Vor allem seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 werde dem Landesverband viel Unterstützung entgegengebracht. Solch ein Mitgefühl sei ein Grund für sie, optimistisch in die Zukunft zu schauen. Aber sie sehe auch tektonische Verschiebungen, die das Kräfteverhältnis auf politischer Ebene grundlegend verändern. Sie frage sich, ob man wieder an der Schwelle zur

Wiederholung der grausamsten Geschichte des 20. Jahrhunderts stehe und ob man etwas dagegen tun könne.

Kindheit gestohlen

In ihrem beeindruckenden Redebeitrag schilderte die Zeitzeugin Renate Aris ihre Erfahrungen während des Nationalsozialismus. 1935 in Dresden geboren, erlebte sie schon in jungen Jahren Ausgrenzung im öffentlichen Leben, die Zerstörung der Synagoge, wie ihre Großeltern verschwanden und die furchtbare Unruhe ihrer Eltern. Nur die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 rettete ihre Familie vor der Deportation. »Die Kindheit wurde uns gestohlen«, fasste Aris zusammen. Deshalb setze

Jüdisches Leben aktiv gestalten

Anschließend sprach Katrin Ikhilman als Vertreterin der jungen Generation sächsischer Juden. Mit 19 Jahren habe sie erst spät ihren Weg in die jüdische Gemeinde gefunden. Heute, als Vorstandsmitglied der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, sehe sie, dass ihre Gemeinde Vertrauen habe, dass auch die junge Generation jüdisches Leben aktiv mitgestaltet. Trotz der Herausforderungen des Antisemitismus wünsche sie sich, dass Jüdinnen und Juden Sachsen auch weiterhin als ihre Heimat ansehen. Die Feierstunde endete mit einem Gebet für Frieden und für Sachsen des Landesrabbiners Zsolt Balla.

// Dr. Maria Hofmann



Brennende Synagoge in der Gottschedstraße in Leipzig am 10. November 1938 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig).



Während der Weihe der Chemnitzer Synagoge 2002 fand ein festlicher Umzug mit Thorarolle statt (Jüdische Gemeinde Chemnitz).



Die Vorsitzende des Landesverbandes (Mitte) und der Geschäftsführer (links) mit einer Delegation 2025 vor der einstigen Synagoge Fiedlerstraße in Dresden (Archiv LVS-JG).



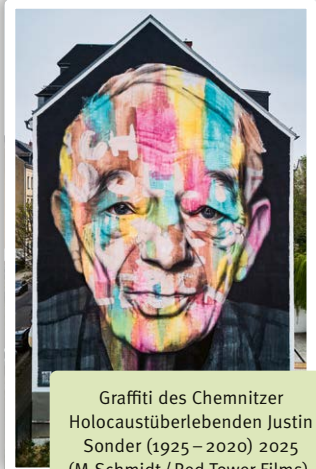
Das Leipziger Gemeindeblatt berichtet über die Anerkennung des Sächsischen Israelitischen Gemeindeverbandes am 13. September 1926 (Archiv LVS-JG).



Holocaustüberlebende Renate Aris trägt sich 2025 ins Goldene Buch der Stadt Chemnitz ein (Archiv LVS-JG).



Neubeginn nach der Katastrophe – die erste jüdische Hochzeit im November 1945 in Leipzig von Anni und Abram Grynbaum (Archiv Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig).



Graffiti des Chemnitzer Holocaustüberlebenden Justin Sonder (1925–2020) 2025 (M.Schmidt / Red Tower Films).

Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden

Dachorganisation und politische Interessenvertretung der jüdischen Gemeinschaft im Freistaat Sachsen.

Am 13. September 1926 wurde die Vorgängerorganisation, der Sächsisch Israelitische Gemeindeverband als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt.

Mitgliederzahl:

Die Gemeinden Leipzig, Dresden und Chemnitz zählen zusammen rund 2 300 Mitglieder.

Vorsitzende und Landesrabbiner:

Ekaterina Kulakova und Zsolt Balla

ZUM
NACHLESEN



Eröffnung des Tacheles-Jahres mit einem Chanukka-Leuchter aus Seifen (smac / Annelie Blasko).



Fotos: T. Schlorke

Symbolischer Spatenstich zum Start der Bauarbeiten am 9. September 2026

Bauen für eine demokratische Zukunft

Start der Sanierung und Erweiterung des Sächsischen Landtags

Im Sinne des Architekten



Mit dem ersten Spatenstich begann am 9. September eines der aufwendigsten Bauvorhaben in der Geschichte des Sächsischen Landtags. In den kommenden Jahren wird der Landtagskomplex bei laufendem Parlamentsbetrieb umfassend saniert und erweitert. Die Bauarbeiten werden sich auch auf das Arbeitsumfeld der Beschäftigten auswirken.

Notwendigkeit der Sanierung

Der Sächsische Landtag ist seit über 30 Jahren das Zentrum der sächsischen Demokratie. Die Sachsen sind stolz auf ihr Parlament, das als erster Neubau seiner Art in den östlichen Bundesländern nach 1990 fertiggestellt wurde. Seit seiner Geburtsstunde hat der Zahn der Zeit kräftig am Gebäude genagt. Die intensive Nutzung hat sichtbare und verborgene Spuren hinterlassen. Beispiels-

weise ist die einst verbaute Haustechnik verschlissen. Rohre, Leitungen und IT-Infrastruktur sind hoffnungslos veraltet und nicht mehr in der Lage, einem schnellen Parlamentsbetrieb standzuhalten. Dringend notwendig ist zudem eine eigene Technikzentrale für den Landtag, die es bisher noch nicht gab. Auch der Platzbedarf im Hohen Hause übersteigt seit vielen Jahren die vorhandenen Kapazitäten. Der Landtagsverwaltung und den Fraktionen fehlen moderne Beratungs- und Arbeitsräume. Die erfreuliche Entwicklung bei den Besucherzahlen hat zur Folge, dass es für sie mittlerweile viel zu eng ist. Vor diesem Lagebild traf das

Präsidium am 14.09.2022 den einstimmigen Beschluss, den Landtagskomplex zu sanieren und zu erweitern.

Spatenstich und symbolischer Baubeginn

Mit dem symbolischen Spatenstich am 9. September 2026 haben die Landtagsverwaltung und das SIB (Sächsisches Immobilien- und Baumanagement) nun begonnen, das anspruchsvolle und komplexe Bauvorhaben in die Tat umzusetzen. Landtagspräsident Alexander Dierks sprach aus diesem Anlass von einem wichtigen Schritt hin zu einem

modernen Parlamentsgebäude. Die sächsische Demokratie habe einst in der Dreikönigskirche laufen gelernt und habe sich auch in herausfordernden Zeiten bewährt. Die nun folgende Sanierung sowie der Neubau ertüchtigten den Landtag für die Zukunft. Man werde den Bau hinsichtlich der eingesetzten Finanzmittel und der Zeitplanung verantwortungsvoll angehen. Es werde eine »Operation am offenen Herzen«, denn der Parlamentsbetrieb müsse trotz der Baumaßnahmen weiterlaufen. Der sächsische Staatsminister der Finanzen, Christian Piwarz, versprach ebenfalls, mit Demut ans Werk zu gehen und den Kostenrahmen ein-

halten zu wollen. Der Erweiterungsbau entstehe an einer städtebaulich anspruchsvollen Stelle. Nach Fertigstellung werde er das vorhandene Ensemble sehr gut ergänzen und die Gestaltungsidee des Architekten Prof. Peter Kulka vollenden.

Umfangreiche Baumaßnahmen

Schon in wenigen Wochen werden die Bagger beginnen, die Baugruben auszuheben. Für den Erweiterungsbau entsteht auf der Wiese hinter dem Plenarsaal eine bis zu 10 Meter tiefe Grube. Im Anschluss folgt der Aushub für ein Kubus-Gebäude im Innenhof des Landtags. Die beiden Rohbauten werden in den Jahren 2027 und 2028 hochgezogen, im Jahr 2030 sollen beide Neubauten dann bezugsfertig sein. Die Sanierung der bestehenden Gebäudeteile wird indes deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen. Geplant ist die Modernisierung des Packhofflügels bis ins Jahr 2030, anschließend

werden der Elbflügel und der Altbau generalüberholt.

Für die umfangreichen Bauarbeiten lässt sich der Parlamentsbetrieb nicht einfach anhalten. Der Landtag – seine Abgeordneten und Beschäftigten – müssen während der gesamten Bauzeit arbeitsfähig bleiben. Das Parlament muss seine Funktionen als Volksvertretung und Gesetzgeber weiterhin verlässlich erledigen. Einschränkungen werden sich dennoch nicht vermeiden lassen. Schon mit dem provisorischen Bauzaun auf dem Landtagsvorplatz hat sich die Außenansicht des Landtags verändert. Die Arbeitsintensität auf der Baustelle wird in den kommenden Monaten stetig zunehmen. Das Ziel sollte jedoch die Belastungen erträglich machen. Wenn die Sanierung und Erweiterung abgeschlossen ist, kann das Herz der Demokratie dann umso schneller schlagen.

// Dr. Daniel Thieme

WAS WIRD WO GEBAUT?



Erweiterungsbau:

- 84 m langer, dreigeschossiger Gebäuderiegel am Elbufer neben dem Plenarsaal
- Büroräume und darunter Abgeordnetenbüros
- unterirdische Verbindung zum Bestandsgebäude
- Technikzentrale: unterirdische, mit dem Bestandsgebäude verbundene Anlage zur Steuerung von Klima, Lüftung, Strom und Elektronik



Kubus:

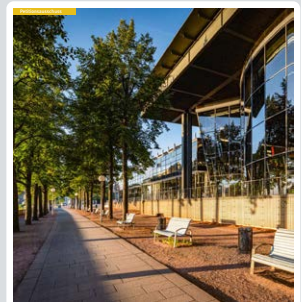
- Neubau im Innenhof mit begrüntem Dach
- moderner Anhörungssaal mit kleiner Besuchertribüne
- neuer Besucherbereich und bessere Möglichkeiten für Übertragungen
- unterirdisch: abhörsicherer Raum

Weitere Informationen auf:
www.landtag.sachsen.de/umbau



Neuer Petitionsbericht veröffentlicht

In der Plenarsitzung am 17. September 2026 debattierte der Landtag über die vom Petitionsausschuss gezogene Bilanz für die Jahre 2024/2025. Die Bilanz zeigte, dass insgesamt mehr Petitionen eingereicht wurden. Die Anzahl von 2024 auf 2025 sei allerdings etwas gesunken. Die Themen erstreckten sich über Soziales, Infrastruktur, Sicherheit, Umwelt und Verwaltungsangelegenheiten. Ein Schwerpunkt war dabei der Verkehr und dessen Planung. Hinsichtlich der regionalen Verteilung stammten die meisten Petitionen aus Leipzig und den Landkreisen Bautzen und Vogtland. 2025 wurden doppelt so viele Petitionen abgeschlossen wie 2024.



Bericht des 2024/2025
Petitionsausschusses

Berichtszeitraum: 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2025



Besuch des ukrainischen Botschafters

Am 9. September 2026 empfing Landtagspräsident Alexander Dierks den ukrainischen Botschafter in Deutschland, Oleksii Makeiev, zum Antrittsbesuch im Dresdner Ständehaus. Zum Auftakt des Treffens trug sich der Diplomat in das Gästebuch des Sächsischen Parlaments ein. Anschließend unterhielten sich beide über die aktuelle politische und gesellschaftliche Lage und über Möglichkeiten, die bilateralen Beziehungen zu vertiefen.



Foto: Norbert Millauer

Tätigkeitsbericht im Plenum besprochen

Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Nancy Aris, stellte in der 33. Plenarsitzung am 16. September 2026 ihren Tätigkeitsbericht für 2022/2024 vor. Sie erwähnte die Zahlen der Beratungsangebote, Bildungsprojekte und der eingegangenen Anträge, die ihre Behörde in den vergangenen zwei Jahren bearbeitete. Aris betonte, dass hinter den reinen Werten Schicksale, Lebensgeschichten und reale Begegnungen stehen würden. Im Freistaat Sachsen bestehe aufgrund früherer Großhaftanstalten, wie Hoheneck, ein enormer Bedarf an Aufarbeitung. Die Landesbeauftragte wolle Betroffenen Hilfsangebote bieten und eine Bildungs- sowie Erinnerungsarbeit für die Gesellschaft leisten.



28. Tätigkeitsbericht
2022/2024

Berichtszeitraum: 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2024

Informieren | Beraten | Erinnern

Foto: Landtag

»Wirtschaft braucht Freiheit.«

Ein Tag mit Sören Voigt, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz



Fotos: S. Floss

24 Jahre Erfahrung als Wirtschaftsförderer in seiner Heimatstadt Falkenstein/Vogtl. hatte Sören Voigt im Gepäck, als er 2014 in den Sächsischen Landtag einzog. Mit Herzblut vertritt der Betriebswirt seither als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis »Vogtland 2« (bis 2024: Vogtland 3). Er leitet den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz und koordiniert als Parlamentarischer Geschäftsführer die Arbeit der CDU-Fraktion. Wir haben Sören Voigt einen Tag auf Wahlkreistour im Vogtland begleitet.

150 Kilometer von Dresden entfernt treffen wir uns in Reumtengrün, einem Ortsteil von Auerbach. Hier produziert das kleine Familienunternehmen »W. Reuter & Sohn« in dritter Generation Plauener Spitze und Stickereien. Die Geschäftsführer Kati und Kay Reuter haben Sören Voigt zum Firmenbesuch eingeladen – etwas, das dem Wirtschaftspolitiker generell sehr wichtig

ist und wofür er sich regelmäßig viel Zeit nimmt. »Ich möchte den Menschen zuhören, ihre Sorgen und Nöte kennen, um gute Entscheidungen in der Politik zu treffen.«

Austausch mit Familienunternehmern

War es in der Wirtschaftsförderung einst seine Aufgabe, Unter-

nehmen anzusiedeln, geht es in der Politik jetzt darum, unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen zu gestalten. »Wirtschaft braucht Freiheit«, sind sich Voigt und die Firmenchefs Reuter einig. Stolz berichten die Gastgeber dem Abgeordneten aus der 75-jährigen Geschichte des Unternehmens, über Investitionen in moderne Stickmaschinen und ihre Kunden im In- und Ausland. Und über die Schwierigkeiten mit immer neuen gesetzlichen Vorgaben. Ganz aktueller Stein des Anstoßes: die neue Verpackungsverordnung der Europäischen Union. Sie bringt bürokratischen Zusatzaufwand und Unsicherheiten in der konkreten Umsetzung.

Sören Voigt hört aufmerksam zu und überlegt, wie er helfen kann. An der EU-Verordnung kann die Landespolitik nichts ändern. Aber er werde zeitnah mit dem

Europaabgeordneten Oliver Schenk und der IHK sprechen. »Wir müssen schauen, dass man unseren Mittelstand bei der Umsetzung noch besser unterstützen kann.« Der Abgeordnete ist in seinem Element. In den zurückliegenden Jahrzehnten hat er ein riesiges Netzwerk an persönlichen Kontakten aufgebaut und weiß, wer mit wem reden muss, um Dinge voranzubringen. Nach knapp zwei Stunden und einem Rundgang durch die Produktionshallen heißt es aufbrechen zum nächsten Termin.

Klare und rechtzeitige Kommunikation

Peter Hallbauer von der Lebenshilfe Auerbach und Torsten Stolpmann von der Lebenshilfe Reichenbach erwarten den Politiker. Verabredet hatten sie den Austausch im Mai am Rande einer Demonstration vor dem Sächsischen Landtag, als 1500 Menschen gegen Kürzungspläne im sozialen Bereich protestierten. »Strukturen sollen erhalten bleiben«, betont Sören Voigt das Credo der Staatsregie-



Kati und Kay Reuter führen Sören Voigt durch ihr Unternehmen.



rung mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen in Zeiten klammer Kassen. Klar ist aber auch, dass im Freistaat gespart werden müsse. Wichtig sei es, notwendige Einschnitte klar und rechtzeitig zu kommunizieren, damit die Betroffenen reagieren und planen können. »Wir brauchen Mut zur klaren Entscheidung.«

Die meiste Zeit im Gespräch nimmt auch hier die Forderung nach dem Abbau von Bürokratie ein. »Wenn wir das nicht schaffen, wird dieses Land zugrunde gehen«, gibt Stolpmann dem Abgeordneten eindringlich mit auf den Weg. Das Gespräch findet in vertrauensvoller Atmosphäre statt. Die Beteiligten kennen sich seit Jahren. Zudem kann der Abgeordnete auf persönliche Erfahrungen zurückgreifen. Als junger Erwachsener leistete Sören Voigt seinen Zivildienst in einer Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in Auerbach.

Weiter geht die Fahrt durch das Vogtland. Der vielbeschäftigte Politiker nutzt jede freie Minute zwischen den Terminen für Telefonate und das Checken von Nachrichten und E-Mails. Um den Ausschussvorsitz, die Aufgaben als parlamentarischer Geschäftsführer und die Wahlkreisarbeit unter einen Hut zu bringen, bedarf es Fleiß und guter Organisation. »Und ein gutes Team«, lächelt Voigt. Soeben hat sich geklärt, dass

er heute Abend noch einen zusätzlichen Termin in Dresden wahrnehmen wird. Es wird ein langer Tag.

Unterwegs für das Ehrenamt

Unsere nächste Station ist der Waldpark Grünheide. Der Abgeordnete möchte uns noch einen Einblick in das Kinder- und Jugenderholungszentrum (KIEZ) geben. Die Einrichtung ist eines von fünf Kiezen in Sachsen. Sie bieten Schulklassen, Vereinen und Jugendfreizeiten multifunktionale Gruppenunterkünfte und viel Platz für Sport, Spiel und Erholung. Seit Mai 2022 steht Sören Voigt als ehrenamtlicher Präsident an der Spitze des Landesverbandes Kinder- und Jugenderholungszentren Sachsen. Mit Sylvia Ott vom Waldpark-Vorstand inspiziert er die Einrichtung. Die Anlage sei gut ausgelastet,

mit Fördermitteln des Landes konnten Unterkünfte modernisiert und schnelles Internet realisiert werden. Die beiden schauen noch am Spielplatz vorbei, wo rot-weißes Flatterband schon die anstehende Einweihung eines neuen Holzschiffes ankündigt. Schnell ist klar, dass hier alles auf einem guten Weg ist. Bleibt also noch Zeit für den Abgeordneten, die Seilbahn nebenan auszuprobieren.

»Das persönliche Gespräch mit den Menschen ist mir immens wichtig.« Entscheidend

sei dabei, Probleme klar zu umreißen und nicht mit anderen Sachen zu beschweren, erläutert Voigt sein Verständnis von politischer Arbeit. »Ich höre mir grundsätzlich alle Argumente an und mache den Bürgern keine falschen Versprechungen.« Die knappe Freizeit verbringt der Abgeordnete mit seiner Familie und beim Sport. Der Vogtländer ist ein leidenschaftlicher Läufer. Dafür braucht es Kondition und Durchhaltevermögen, genau wie in der Politik.

// Katja Ciesluk

20. August 2026

7:00

8:00

9:00

10:00 Reuter & Sohn Spitzen und Stickereien GmbH in Auerbach

11:00

12:00 Lebenshilfe Auerbach gGmbH/e.v., Begegnungszentrum »Zebra«

13:00

14:00 Waldpark Grünheide e.v. in Auerbach

15:00 Wahlkreisbüro MdL Sören Voigt in Falkenstein

16:00

17:00

NOTIZEN



Spitzenhandwerk zum Anfassen



Im Gespräch mit sozialen Trägern vor Ort



Der neue Spielplatz steht kurz vor der Einweihung.

Teil 1

Als die Grenze die Heimat nahm

Zwangsaussiedlungen im sächsischen Vogtland 1952

Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur widmet sich den Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze und ihren Folgen, die bis heute nachwirken. Mit der Novelle der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze wurde 2025 erstmals auch für Betroffene von Zwangsaussiedlungen eine Einmalzahlung ermöglicht. Zugleich soll die bisher wenig erforschte »Aktion Ungeziefer« in Sachsen aufgearbeitet, staatliche Willkür sichtbar gemacht und den Betroffenen eine Stimme gegeben werden.

Wie ein Nadelöhr zieht sich die sächsisch-bayerische Grenze durch die Landschaft. Der knapp 40 Kilometer lange Abschnitt war einst Teil des Eisernen Vorhangs und der innerdeutschen Grenze zwischen DDR und Bundesrepublik. Hier verlief eine von DDR-Seite intensiv bewachte Staatsgrenze, die tief in den Alltag der Menschen eingriff.

Von der »grünen Grenze« zur Sperrzone

Nach 1945 war die Grenze zunächst nicht hermetisch abgeriegelt. Menschen bewegten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten über sie hinweg, um familiäre oder geschäftliche Kontakte zu pflegen. Mit den wachsenden Spannungen zwischen den Blockmächten verschärfen sich die Kontrollen, und die im Grenzgebiet der DDR lebende Bevölkerung wurde stärker überwacht.

Am 26. Mai 1952 erließ der Ministerrat der DDR die »Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands«, mit der die systematische Abriegelung und ein Sonderstatus für die Grenzgebiete zur Bundes-

republik eintrat. Was sich entlang der innerdeutschen Grenze von Nord nach Süd abspielte, zeigte seine Auswirkungen auch in Sachsen. Fortan sollte hier ein fünf Kilometer tiefes Sperrgebiet errichtet werden. Der Grenze vorgelagert plante man einen 500 Meter breiten Schutzstreifen, dem unmittelbar an der Grenzlinie ein zehn Meter breiter, gepflügter und gehackter Kontrollstreifen folgte.

Soziokultureller Kahlschlag und Zwangsaussiedlung

Die neue Verordnung brachte für die Bewohner einschneidende Veränderungen. Aufenthalte und Arbeitsverhältnisse mussten in den Pässen nachgewiesen werden, die einfache Ein- und Ausreise war genehmigungspflichtig. Über mehrere Wochen fielen Gottesdienste aus und Veranstaltungen durften nur noch zeitlich eingeschränkt stattfinden. Im Schutzstreifen wurden Gaststätten, Kinos, Pensionen, Erholungsheime und andere öffentliche Einrichtungen geschlossen. Zusätzlich oblagen einzelne Orte einem Verdunklungsgebot. Die Bewegungsfreiheit der Menschen wurde eingeschränkt und das gesell-

schaftliche und kulturelle Leben der betroffenen Gemeinden kam zum Erliegen.

Während die Bevölkerung mit den unmittelbaren Folgen der neuen Maßnahmen konfrontiert war, liefen bereits die organisatorischen Vorbereitungen für die Neuordnung des Grenzgebietes weiter. Gemeinden, Einwohnerzahlen, Flächen und wirtschaftliche Strukturen wurden systematisch erfasst, wobei der Blick insbesondere auf diejenigen Orte und Grundstücke gerichtet war, die unmittelbar an der Grenze zur Bundesrepublik lagen. Die verantwortlichen Stellen entschieden in jenen

Tagen bereits darüber, wer seine Heimat verlassen sollte.

Als Grundlage für die Auswahl der Betroffenen dienten häufig kaum nachprüfbare Einschätzungen und mündlich weitergegebene Auskünfte. Wie weit die Kriterien für eine Zwangsaussiedlung gefasst waren, zeigen die Bestimmungsblätter der »aus dem Kreisgebiet Auszusiedelnden«. Schon das Hören des RIAS, die Weigerung, an Wahlen teilzunehmen, eine frühere Mitgliedschaft in NS-Organisationen oder Kriegsgefangenschaft konnten als Begründung für die zwangsweise Aussiedlung aus der Sperrzone herangezogen werden.

Hinter diesen Begründungen stand die zentral gesteuerte politische Säuberungsaktion »Aktion Ungeziefer«. Unter der Aufsicht des Ministers für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser wurde

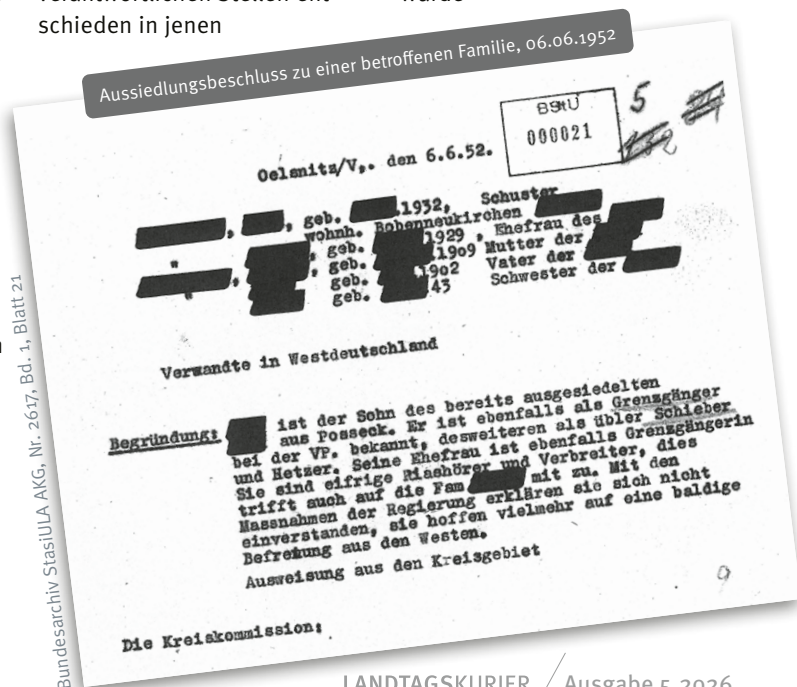
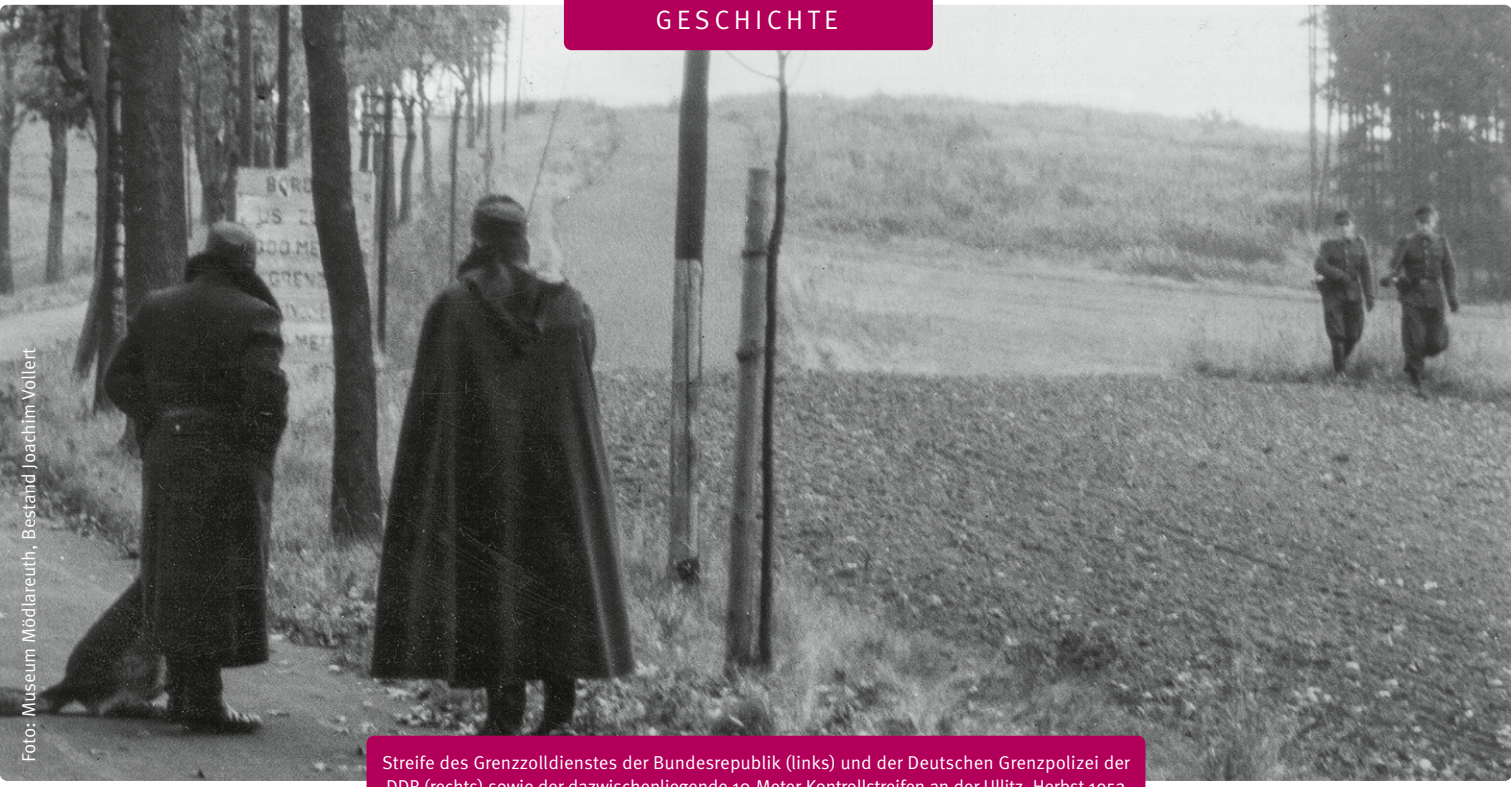


Foto: Museum Mödlareuth, Bestand Joachim Vollert



Streife des Grenzzolldienstes der Bundesrepublik (links) und der Deutschen Grenzpolizei der DDR (rechts) sowie der dazwischenliegende 10-Meter-Kontrollstreifen an der Ullitz, Herbst 1952

eine zentrale Aussiedlungskommission eingerichtet, die in den Grenzkreisen durch Sonderkommissionen und lokale Aussiedlungskommandos ergänzt wurde. Die beteiligten staatlichen Stellen waren dabei arbeitsteilig organisiert: Die Volkspolizei setzte die Maßnahmen vor Ort durch, die Staatssicherheit überwachte und kontrollierte den Vorgang, während die Kreisverwaltungen für die organisatorische Vorbereitung, Durchführung und Mobilisierung zusätzlicher Kräfte zuständig waren.

Heimatverlust auf staatlichen Befehl

Infolge der gefassten Beschlüsse siedelte die DDR-Führung in Sachsen mindestens 546 Menschen aus den Grenzkreisen Plauen-Land und Oelsnitz zwangsweise aus. Für die Betroffenen selbst kam die Aktion, die am 6. Juni 1952 in den frühen Morgenstunden begann, völlig überraschend. Ihre Häuser wurden durch Volkspolizei und bewaffnete zivile Helfer umstellt. Es wurde angeordnet, binnen weniger Stunden ihre Heimstatt zu verlassen, ihre Habseligkeiten zusammenzupacken und auf

bereitgestellte Lastwagen zu verladen. Den Betroffenen teilte man mit, dies geschehe zu ihrer eigenen Sicherheit und es handele sich um eine vorübergehende Maßnahme. Wohin sie gebracht werden sollten, wussten sie nicht. Die Angst war zum Greifen, manche fürchteten sogar eine Deportation in die sowjetischen Straflager. Mitgenommen werden konnte nur, was auf die bereitgestellten Transportfahrzeuge passte oder von Helfern zusammengepackt worden war. Besonders schwer wog, dass auch der Viehbestand und die Haustiere zurückblieben. Die Betroffenen wurden über ganz Sachsen verstreut.

Fremde Heimat und bleibende Folgen

Die ersten Schritte nach der Zwangsaussiedlung verliefen vielfach chaotisch. Nach der Ankunft in der Fremde mussten manche Familien stundenlang warten, ehe sie die ihnen zugewiesene Unterkunft beziehen konnten.

Zurück blieben Höfe, Tiere und zahlreiche Habseligkeiten, die zunächst notdürftig zwangsverwaltet und -bewirtschaftet und später vielfach übernommen

oder umgenutzt wurden. Manche Häuser wurden von staatlichen Einrichtungen, beispielsweise der Grenzpolizei, übernommen. Andere wurden abgerissen – für ein freies Sichtfeld auf den Grenzstreifen.

Eine Rückkehr ins Vogtland wurde den Zwangsausgesiedelten ausdrücklich untersagt. Dabei blieben sie ohne die Möglichkeit, sich rechtlich dagegen zur Wehr zu setzen. Warum sie ihre Heimat hatten verlassen müssen, erfuhren die Ausgesiedelten nicht. Viele versuchten erfolglos, ihre Not in Briefen und Eingaben an staatliche Stellen sichtbar zu machen.

Auch die sogenannte »Abgeltung« konnte den Verlust nicht ausgleichen. Für Grundstücke und Immobilien wurden staatlich festgelegte Summen gezahlt, häufig auf Sperrkonten und in Teilbeträgen. Viele Betroffene weigerten sich, das Geld anzunehmen, weil sie ihre Heimat nicht freiwillig aufgegeben hatten.

Was bleibt?

Erst die friedliche Revolution von 1989/90 und die deutsche

Wiedervereinigung ermöglichten den noch lebenden Betroffenen die Rückkehr.

Die Ereignisse des Sommers 1952 wurden der DDR-Öffentlichkeit bis zuletzt verschwiegen. Erst nach der Öffnung der Archive nach der Wiedervereinigung konnten Umfang und Hintergründe der »Aktion Ungeziefer« rekonstruiert werden. Dabei zeigte sich auch, dass sich die Zwangsaussiedlungen in diesem Ausmaß 1961 in ähnlicher Weise wiederholten.

Heute lassen sich die Schicksale der Betroffenen vor allem anhand von Archivmaterial und wenigen Zeitzeugenberichten nachvollziehen. Gerade deshalb ist die Erinnerung an die Zwangsaussiedlungen wichtig. Die staatlich geschaffene Grenze nahm Menschen ihre Heimat, zerstörte gewachsene soziale Beziehungen und hinterließ Spuren, die weit über das Jahr 1952 hinausreichten. Das Unrecht lässt sich nicht rückgängig machen. Aber die Geschichten der Menschen, die ihre Heimat verloren, können sichtbar gemacht werden.

// Steffi Unger

Plenarsitzungen

04.11. – 05.11.2026

17./18. und 21./22.12.2026

03.02. – 04.02.2027

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5501

AfD, Tel. 0351 493-4201

BSW, Tel. 0351 493-4400

SPD, Tel. 0351 493-5700

BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800

Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen unter besucherdienst@slt.sachsen.de

Offene Führungen ohne Anmeldungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt befindet sich im Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«

Aufgrund der Baumaßnahmen kann es, insbesondere während der Schulferien, zu Abweichungen kommen. Aktuelle Zeiten und Informationen finden Sie unter: www.landtag.sachsen.de/umbau

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG

Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt
auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag) und auf
YouTube: [youtube.com/@SaechsischerLandtag](https://www.youtube.com/@SaechsischerLandtag)

Kinder können sich kreativ mit Lena, Paul und dem Hund Knolle auf Entdeckungstour durch den Landtag begeben.



Der Quiz-fächer ist für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 4 bis 7 empfohlen.

LANDTAG SPIELERISCH ERLEBEN

Für junge Entdecker!



Wenn ihr wissen wollt,
wie Demokratie funktioniert,
welche Aufgaben Abgeordnete
haben, wie überhaupt Politik gemacht
wird, dann spielt dieses Spiel.
Danach seid ihr schlauer!



Gleich hier bestellen!
www.landtag.sachsen.de/publikationen